

Vossische



Zeitung

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Besuchsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion: Carl Anshaus des Handelsleibh. H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentralamt 8500

Noch immer Kanzlerkrisis.

Erfolgreiche Vorköße bei Monchy. Neue Kämpfe an der Lomnica-Stellung. Gesteigerte Artillerietätigkeit in Ost und West.

Die letzten Ereignisse.

Der Chef des Reichskabinetts, Herr v. Ballestrin, hat heute im Laufe des Vormittags dem Kanzler einen Besuch ab...

Wie wir wissen, hat der Abgeordnete Spain heute während einer Besprechung im Reichstagsgebäude einen schweren Ohnmachtsanfall infolge der Überarbeitung während der letzten Wochen erlitten. Er wird voraussichtlich in den nächsten Tagen nicht in der Lage sein, sich seinen parlamentarischen Arbeiten zu widmen.

Der Assessor hat heute morgen die Abgeordneten v. Payer (Freisige. Volkspartei), Dr. David (Soz. Fraktion), Dr. Stiefemann (Nittl.), Restin (Deutsche Fraktion), Szaberges (Soz.) und Graf Westarp (Soz.) empfangen. Die Unterhaltung mit jedem einzelnen Abgeordneten, die gesondert empfangen wurden, dauerte längere Zeit.

Wir haben uns bei der Erörterung der Frage, ob das weitere Verbleiben des Herrn v. Bethmann Hollweg im Amte wünschenswert sei oder nicht, absichtlich von dem Kreisfeld ferngehalten, das zu unterschiedlichen Meinungen von verschiedenen Blättern über die Chancen des voranschreitenden Rücktritts veranlaßt worden ist. Von anderer Seite ist dabei der Name des Fürsten Billow in den Vordergrund gestellt worden. Bei der Erörterung dieser Kandidatur ist von interessierter Seite in die Parlamentarische die Werbung getreten worden, daß mehr oder weniger unklar die Deckerreich der erklärt worden sei, der Fürst Billow sei dort als Nachfolger des Kanzlers nicht geeignet. Auch aus sind solche Gerüchte angetragen worden. Wir sind ihnen nachzugehen und glauben, auf Grund des Ergebnisses unserer Untersuchungen auf das Bestimmteste sagen zu können, daß Telegramme, die sich in solchem Sinne aussprechen, von ganz anderer Seite als von amtlichen österreichischen, ungarischen oder österreichisch-ungarischen Stellen hier eingegangen sind.

Die Vorstehenden der Landtagsfraktionen des Zentrums, der Konservativen und der Freisinnigen sind übereingekommen, von der Anregung abzusehen, daß mit Rücksicht auf die durch den Tod des Königs neugeschaffene Lage der Landtag zu einer Sommertagung einberufen werde. Sie sind der Meinung, daß die Regierung dem Landtage gegenwärtig noch keine Vorlage über das gleiche Wahlrecht werde bringen können. Mit der Reform des Abgeordnetenhauses müsse gleichzeitig das Herrenhaus umgestaltet werden und dürfte sein eben erst nur einige Bankeine vorhanden. Diese Fraktionen wollen daher die Verhandlungssache, die am 9. Oktober zu Ende geht, ohne Unterbrechung ablaufen lassen.

In dem eigenartigen Beschlusse des Vorstandes der Zentrum-Fraktion, den wir dem Sinne nach gestern Abend veröffentlichten, erfahren wir im Zusammenhang mit den heute morgen besprochenen sonderbaren Dementis, daß dieser Beschlusse bereits am 9. Juli vom Vorstand gefaßt worden war. In der Fraktionsführung des Zentrums vom 10. Juli regte ein Parteimitglied die Frage an, welche Stellung die Fraktion zu dem weiteren Verbleiben des Kanzlers einnehme. Es wurde darauf der Fraktion der Vorstandesbeschlusse mitgeteilt, den diese ohne Widerspruch entgegenzogen. Darauf wurde der Beschlusse in vollem Wortlaut telephonisch der Reichskanzlei mitgeteilt. Wie unter diesen Umständen die von uns bereits eingehend beleuchtete merkwürdige Form für das Dementi in der 'Germania' besaßt werden konnte, lassen wir dahingestellt. Nach unserer Kenntnis der Vorgänge müssen wir besagen, daß das Dementi nach vorangehender Besprechungsung aller Vorstandsmitglieder und im Einverständnis mit diesen abgefaßt und veröffentlicht worden ist. Wir möchten nochmals betonen, daß die vollkommenste Abklärung des Ganzen durch das Vossische Telegraphen-Büro eine Veröffentlichung der öffentlichen

Meinung ist. Der Zweck dieser Veröffentlichung ist allerdings nicht erreicht worden, weil die Nichterfüllung der 'Germania' eigentlich alles ansplaudert, was sie verschweigen möchte. Das Dementi des Vossischen Telegraphen-Büros ist um so verwerflicher, als alle Beteiligten den Sachverhalt genau kannten.

Der interfraktionelle Ausschuss hat gestern Mittag und heute nachmittag 3 Uhr seine Beratungen fortgesetzt. Soweit die Friedensratungsbildung in Betracht kommt, ist man wohl einig, dagegen gehen die Erörterungen über die parlamentarische Regierung noch weiter und werden wohl auch sobald nicht zu Ende kommen, da die hier abzuhandelnden Schwierigkeiten nicht so kurzer Hand gelöst werden können.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Großes Hauptquartier, 12. Juli.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Der Angriff der Marine-Infanterie am 10. 7. stellt einen schönen großen Erfolg dar: Der Feind hat Gegenangriffe nicht zu führen vermocht. Die Kampftätigkeit der Artillerien war gestern in Flandern vor allem südlich von Ypern, an der Artois-Front bei Lens und Bulcourt gesteigert. Mehrere Erkundungsunternehmen wurden von uns erfolgreich durchgeführt. Bei Monchy führten Stoßtrupps eines holländischen Regiments unter Wirkungsvoller Mithilfe von Flammenwerfern eine Reihe englischer Gräben, aus denen eine größere Zahl von Gefangenen zurückgebracht wurde.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In der West-Champagne und auf dem linken Maas-Flufer entwickelten sich im Laufe des Tages heftige Feuerkämpfe. Einige Aufführungsgefechte endeten günstig.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Nichts wesentliches.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Wieder war bei Riga, Smorgon und Voranowitsch die Feuerartigkeit lebhaft. Auch bei Luch und auf dem ostgalizischen Kampffeldes schloß sie zeitweilig zu erheblicher Stärke an. In der Ostschlesien wurden russische Sabotagekräfte am Einbruch schließlich von russischen Teilgruppen zurückgeworfen. Zwischen Dnjeper und Karpaten führten die Russen mit gemischten Abteilungen gegen die Lomnica-Erstellung vor. Bei Palasz erreichten Vortrupps das Westufer des Flusses.

Magdonische Front. Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubanoff.

Die russische Offensive.

Wie ich aus gutunterrichteter russischer Quelle erfahre, hatte die russische Offensive im Südwesten nicht außenpolitischen auch zwei innerpolitischen Gründe: 1. die Ukraine und Bessarabien, die zu einem Drittel von den Zentralmächten besetzt sind, zurückzuerobert. Dadurch sollte der ukrainische Wunsch nach Unabhängigkeit unerfüllbar und damit eine große innerussische Streitfrage erledigt werden. 2. Ist eine Offensive in der Nähe von Warschau, Dnieper und Niemi unmöglich, weil dort die Polische Front die Möglichkeit haben. Diese sind gegen den Krieg und deshalb unzuverlässig.

Ein Trumpf auf dem Tisch.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen ist durch den gestrigen Erlass des Königs in Ergänzung seiner Osterbotschaft in Aussicht genommen. Es ist noch keineswegs erreicht, und man weiß noch nicht, wie es aussehen wird. Sicher ist, daß nach der künftigen Posthaft das Staatsministerium einen Entwurf vorlegen muß, der im Prinzip auf der Gleichheit des Wahlrechts aufbaut sein wird. Aber es gibt verschiedene Arten von gleichem Wahlrecht. Und wir wollen, anstatt uns schon auf Vorstoß für den Wahlrechtsentwurf zu begeistern, erst einmal abwarten, wie er sich in den Einzelheiten ausnehmen wird. Und wir wollen vor allem abwarten der Dinge harren, die sich während der Beratungen in der Vollziehung des Abgeordnetenhauses und in den Ausschüssen ereignen. Der König hat es gut gemeint. Offenlich seinen guten Absichten durch das Parlament erfüllt, das sich durch solche Erfüllung sein Todesurteil sprechen wird.

Mit dem Einzelgatten der Person des Königs in den preussischen Wahlrechtskampf ist eine wenig erfreuliche Lage geschaffen worden. Das Hervortreten der künftigen Person in der Osterbotschaft noch ursprünglich noch dadurch bedingt gewesen sein, daß der König auf diese Weise die Zulassung einer Wahlrechtsverbesserung in Preußen von der jeweiligen Person des Ministerpräsidenten unabhängig machte. Das Wort des Königs band auch jedem Nachfolger. War es nun aber nötig, von neuem dem König heranzukommen? Wir wissen doch, daß Herr v. Bethmann der Oberhand, das gleiche Wahlrecht zu garantieren, nur unter dem Druck der Reichstagsopposition gekommen ist. Er mußte, wenn die Parteien mit ihm weiter arbeiten sollten, diese Forderung des Reichstages erfüllen. Diese Erfüllung ist ihm nicht leicht geworden. Denn er lag doch schließlich in seiner Hand, dem König bei der Osterbotschaft das Versprechen des gleichen Wahlrechts zuzuschlagen. Wir wissen doch, daß beim König damals ein solcher Vorstoß keinen Widerspruch gefunden hätte. Und Herr v. Bethmann Hollweg wußte doch, daß ohne die Gleichheit des Wahlrechts ein Aufbruch der Agitation nicht zu erwarten war. Wenn Herr v. Bethmann Hollweg nun damals, wie man annimmt, mit dem König mindestens nicht zugestimmt hat, das gleiche Wahlrecht in sein Versprechen aufzunehmen, so dürfte er jetzt nicht, um sich zu halten, die Ergänzung wieder vom König vornehmen lassen und ihn dadurch in den Band der Parteien zu ziehen. Der Ministerpräsident ist nicht dazu da, sich vom König beugen zu lassen, sondern seine verfassungsmäßige Bestimmung ist ungeliebt, dem König die Deutung zu bieten.

Wenn Herr v. Bethmann geglaubt hat, die künftige Posthaft werde unentgeltlich Jubel im Lande auslösen, so muß ihm ein Blick in die heutigen Morgenblätter von dieser Vorstellung geteilt haben. Denn selbst diejenigen, die den Wunsch haben, ihn weiter an seiner jetzigen Stelle zu sehen, machen kein Geheim daraus, daß die preussische Wahlreform allein nicht genügt, um ihm das Vertrauen der Parteien zu spenden. Deshalb ist auch durch den Erlass des Königs die Kandidatur noch keineswegs beendet. Wenn man recht unterrichtet ist, so hat auch der Kaiser sich noch keineswegs noch der einen oder der anderen Richtung festgelegt. Denn die Frage der Parlamentarisierung im Reich steht immer noch offen, und man wird abwarten müssen, welche Geschicklichkeit und welche Präsenz Herr von Bethmann Hollweg dramend, um ein Zusammenarbeiten mit dem Reichstag zu ermöglichen.

Wenn die Sache aber so liegt, scheint der Zeitpunkt, zu dem der Kaiser dem König die Veröffentlichung der Wahlrechtsfrage anriet, höchst bedenklich. Erfüllung sie auf der einen Seite nicht einmal den Zweck, die Stellung des Kanzlers unbedingt zu befestigen, so erschwert sie für den Fall, daß Herr v. Bethmann Hollweg gehen soll, dem Kaiser die Wahl des Nachfolgers. Denn sie nimmt diesem den härtesten Trumpf aus der Hand. Es war ganz selbstverständlich, daß, wer auch immer zur Nachfolge für Herrn v. Bethmann bestellt werden würde, sein Amt nicht hätte entgegennehmen können ohne die bestimmte Zusage weitgehender Reformen und des gleichen Wahlrechts für Preußen. Diese Zusage bot auch solchen Kandidaten die Möglichkeit, sich selbst zu erweisen, deren Haltung bisher nicht liberal war, oder deren politische Seele überhaupt noch ein unbefriedigtes Blatt darstellte. Was aber kann nun noch ein neuer Kandidat geben, um der starke preussische Trumpf bereits auf dem Tisch liegt, und ein parlamentarische System im Reich, das

... auch möglichen Umständen ...

... nicht gegeben werden kann?

Wenn irgendwan, so war es jetzt die erste Pflicht des obersten politischen Verstandes des Reiches, ihm die Werk eines Ausweges zu erleichtern und nicht zu erschweren. Denn bei der Aufhebung darüber, ob der Reichstag länger dauern soll oder nicht, steht die hauptsächlichste Stelle einer Verfassung zur politischen Kriegsführung. Deshalb ist dem letzten Ende die Stimmung im Lande und im Parlament entstanden, die zu den jetzigen Auseinandersetzungen geführt hat? Nicht wegen der inneren Reformen, sondern weil man immer mehr sieht, daß die Führung von Reichern in unserer Politik deren Aufzählung und Verleumdung wie aus der später vorkommenden übermenschlichen Anstrengungen des Volkes in militärischer Hinsicht notwendig machten, um auf den Schlachtfeldern wenigstens das auszugleichen, was politisch geschädigt worden war. Mit Recht hat man die Forderung ausgesprochen, daß dieses System der Führerschaft sich wahrscheinlich in Zukunft nicht ändern wird. In einigen Köpfen mag auch der Gedanke immer häufiger geworden sein, den Friede der Größe einmal so schön ausgedrückt hat, indem er sagte: „Generals, die keine Fortuna haben, kann ich nicht brauchen.“ Ebenfalls kommt es bei der Wahl des Reichstages nicht auf die politische Parteistellung, sondern darauf an, daß man ihm die Selbstbestimmtheit zutraut, die notwendig ist, um diesen Krieg zu einem glücklichen Ende zu führen. Deshalb mußte diesem Mann der Kräfte vorbestanden werden, so wie aus dem ersten Akt die innerpolitischen Reformen zu gewöhnen, damit er so das Vertrauen der Parteien gewann und dann, gemäß der so das Vertrauen des Reiches und der Parteien, sich der politischen Kriegsführung widmen konnte.

Eine derartige Möglichkeit hätte Herr v. Bethmann Hollweg schon deshalb offen lassen müssen, weil er ja wußte, daß selbst das Zentrum ihn nicht geeignet zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen, also auch nicht geeignet für die Herbeiführung eines Friedens hielt. Trotzdem verbaute er diese Möglichkeit. Und verbot es nun glücklicherweise herbeiführt, daß wir auf der einen Seite eine Zeitreform in Preußen und eine ungesicherte Lage im Reich, und auf der anderen Seite einen Reichstagskrieg haben, dem eine große deutsche Partei auf keinen Fall zustimmen wird, daß er nicht geeignet ist, das Reich bei den Friedensverhandlungen zu vertreten. Das ist ein Zustand, der befeuert werden muß und der nur befeuert werden kann durch den Rücktritt des Herrn v. Bethmann Hollweg, bevor er seinen Nachfolger so gewichtigen Kräfte aus der Hand nimmt. Bld.

Ribot über Eliaß-Lothringen.

Paris, 11. Juli. In einer Rede über Eliaß-Lothringen im Senats-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte Ribot: „Wir haben ein unerschütterliches Recht auf Eliaß-Lothringen und können eine Volksabstimmung nicht zulassen.“

Mit dieser Erklärung — die selbstverständlich die deutsche Auffassung hinsichtlich Eliaß-Lothringens in keiner Weise zu bestreiten vermag — ist Ribot sich in offenem Widerspruch zu seinem Munitionsminister Thomas, der vor einigen Wochen erklärt hatte, die französische Regierung werde wegen einer Volksabstimmung mit sich reden lassen.

Der englische Minister des Auswärtigen Balfour wünscht, daß der Telegraphenverkehr zwischen dem Ausland und dem Reich unter englischer Zensur gestellt werde, die in Rußland ausgesetzt werden soll.

Die amerikanische Mission in Rußland.

Beschreibung der „Wostokischen Zeitung“.

London (abteilt), 11. Juli. Die vom Senator Root aus England nach Washington gesandten Berichte lauten höchst zweifelhaft. Welche Bedeutung die amerikanische Regierung der Sondergesandtschaft: Rußland gegenüber betonen will, geht aus dem Umstand hervor, daß Root nicht nur den Rang eines außerordentlichen bevollmächtigten Botschafters hat, sondern daß ein Beglaubigungsschreiben Missions des Generalschloß General Scott als „militärischen Vertreter des Präsidenten der Vereinigten Staaten in diplomatischer Mission“ bezeichnet, dergleichen der Admiral Clemenon als „Marinevertreter des Präsidenten“. Die Mission nahm an mehreren Sitzungen des russischen Ministeriums teil, bei welcher Gelegenheit Root ein ausführliches Programm für die militärische und wirtschaftliche Kooperation zwischen Rußland und weitgehender Unterstützung der Union entwickelte, worauf Scott und Clemenon weitgehende Befugnisse von dem Kriegs- bzw. Marineministerium erzielten. Die die Mission begleitenden amerikanischen Soldaten: Russel und Duncan wählten in ihren Berichten besonders den Arbeiter- und Soldaten nahstehenden Ministern Zerkowitsch und Stokelov Lobende Worte. General Scott hält sich fast ständig im russischen Hauptquartier auf, von dem aus die Front berührt wird. Clemenon weit meistens in Sebastopol, wo er bemüht ist, die Schwärzereise als reorganisieren und wieder aktiviert zu machen. Seine die Gemeinsamkeit der republikanischen Anschauungen anrufende Einwirkung auf die Offiziere und Mannschaften wird ausgedrückt, daß eine neue Revolte der Schwärzereise in den nächsten Tagen besetzt wurde. In den Berichten Root wird übrigens angedeutet, daß die revolutionäre Bewegung der Kriegspolitik in der provisorischen Regierung ihren starken Einfluß auf Petersburg und Moskau unverändert behaupten.

Bundesgenossen unter Rech.

Beschreibung der „Wostokischen Zeitung“.

Basel, 11. Juli. Aus Chiasso wird gemeldet: In Italien, wie in England, beginnt die Presse wieder mit den Russen ins Gericht zu gehen. So wird unter anderem geschrieben: „Genua von Rußland, Petersburg, Wien, dem Genoa, genau von Arbeitern, die nur sehr schwachen Standes des Landes in den Ministernschaften tätig sind, während die Arbeiter in den Vereinigten Staaten auf ihre Ferien verzichten!“

Nach dem Bericht eines Londoner Korrespondenten aus Rom ist das Verhältnis Italiens zur englischen Regierung seit der Rückkehr des italienischen Ministers Orlando aus London gespannt. In römischen Regierungskreisen erzählt man, daß Orlando in London wenig Ansehen gefunden habe, so daß die italienischen Forderungen unerfüllt blieben. Dagegen stelle die englische Regierung eine Menge Gegenforderungen, die Italien trotzdem erfüllen soll. In Italien hat man, so schreibt der Korrespondent, u. a. ein großes Interesse für England bekundet, und da jetzt Amerika den Italienern das Geld für den Krieg leiht, wird man in Italien noch weniger um England gehen. Italiens Vorgehen in Albanien sei nur ein Beispiel der Inaktivität der Regierung gegen England.

Wien, 11. Juli. Erst heute erlaubt die italienische Presse den Diktator, die Protestnote der russischen Regierung gegen die Balkanpolitik der Alliierten zu veröffentlichen. Sie tun dies unter gleichzeitiger Veröffentlichung der Einträge, die die Note

in den ersten Tagen von Paris aus ...

Vor der 11. italienischen Offensive?

Beschreibung unseres Kriegsberichters.

Paris, 11. Juli. Nach der allmählichen Abnahme der letzten italienischen Taktik im Abschnitt zwischen Brenta und Alfo-Val, der übrigens offenbar nur demonstrative Bedeutung beizulegen ist, wird an der ganzen Südfrente die Kampfintensität großen Eises. Die Beobachtung und Wiederherstellung der aus der 10. Frontschlacht erzielten Gewinne und dritten Tages scheint über ihrem Abschluß entgegenzugehen, so daß in naher Zukunft mit neuen Ereignissen an diesem Frontabschnitt gerechnet werden kann. Bei der vorliegenden Art des Stillstandes, der es auch im Krieges Fortschreiten als Stützpunkt für die künftigen letzten unserer vorjährigen Offensive aus Stützpunkt der künftigen letzten Frontschlacht begehren ließ, ist es nicht unwahrscheinlich, daß die italienische Offensive durch den Sieg mit dem immer wiederkehrenden Jahresfest des Jahres von Wien mit dem immer wiederkehrenden Jahresfest von Triest feiern zu können.

Die große die Winterperiode sind, die das italienische Volk für die politisch-militärischen Taktiken ihrer Waffengattung bereits ergriffen mußte, geht aus einem Artikel des „Popolo d'Italia“ hervor, in dem Mussolini eingehend, daß nurmehr wenige von denen am Leben sind, die im Mai 1915 mit den italienischen Heeren ausgingen. Man schätzt den damaligen Stand der italienischen Feldarmee auf mindestens 800 000 Mann. Nach einer Privatnachricht hat die italienische Armee seit Kriegsausbruch bis zum 30. Juni d. J. nur aus dem Offizierskorps an Toten verloren: 126 Generale, 147 Oberste und Oberleutnants, 284 Major, 2200 Hauptleute, 1298 Oberleutnants und 8004 Unternoten.

Eugen Lennhoff.

Russischer Kriegsbericht.

Russischer Kriegsbericht vom 10. Juli. Westfront. Ein Bild von Vorpommern besetzt. Die Divisionen der 1. Armee sind in der Richtung auf Danzig vorgerückt. Die Truppen des Generals Stormow sind in Ostpreußen in der Richtung auf Danzig vorgerückt. Die Truppen des Generals Stormow sind in Ostpreußen in der Richtung auf Danzig vorgerückt. Die Truppen des Generals Stormow sind in Ostpreußen in der Richtung auf Danzig vorgerückt.

In den Kämpfen am 8. Juli haben wir über tausend überreichlich ungarische und deutsche Gefangene gemacht, drei Geschütze, viele Geschützgeschosse und Munitionsgüter und eine große Menge Leinwand und Ausrüstungsgegenstände. Die Stellung vor der War unserer Truppen waren unerschütterlich, die Offiziere waren überall voran. Als Ergebnis dieser beiden Tage der Offensive westlich von Stanislaw haben wir die Stellungen des Feindes auf einer Front von unermesslicher Breite bis zu einer Tiefe von vier bis sechs Meilen eingenommen.

Die russische Offensive bei Stanislaw steht dem „Welt Postillon“ zufolge, unter der Leitung des Generals Kornilow.

Die ruhige Wohnung.

Von Walter v. Kammer (Beri).

Ich bin novarum rerum cupidus, das heißt, ich habe das ewige Fortleben fast und sehr mich daher nach einer „ruhigen“ Wohnung um. Eine schwere Sache in Bern, wo der starke Fremdenzug keine geringe Wohnungsmangel herbeiführt hat. — Ich lasse mich deshalb auch auf keine lange Straße ein und nehme gleich das erste Quartier, dem ich in den Weg komme. Es hat allerdings einen Fehler, daß es nur aus einem einzigen Raum besteht. Aber dieser ist wieder so nett, so warm und geschmackvoll eingerichtet, daß ich mich in der ersten Minute heimlich fühle. Das kinderlose, junge freundliche Ehepaar, dem die Wohnung gehört, hat ihn bisher als Gästezimmer benutzt, will ihn aber nunmehr, weil es in absehbarer Zeit keine Gäste erwartet, sei es infolge der traurigen Kriegszustände, vermieten.

Im Einzugsakt kann ich, statt um 4 Uhr nachmittags, wie ich mich angefangen, erst am Abend kommen. Mein junges Ehepaar ist ins Theater oder in eine Gesellschaft gegangen und ich wurde vom Dienstmädchen empfangen. Es ist ein hübsches Mädchen, Typ der verblühten alten Jungfer, klein, schmal und düstlich, mit einer auffallend blauen, ins Zitronengelbe spielenden Gesichtsfarbe. Sehr geschäftig und ungeheuer selbstlos, scheint sie mit im übrigen ziemlich bescheiden und lieber etwas sparsam zu sein. Man aber auch sieht, daß ich mich küsse und daß nur der Schwager ihr für mein „Reisegeld“ oder Bepfechtung nicht genügend empfänglich ist.

Ich packe aus. Aber das ruhige Zimmer ist kleiner als ich angenommen. Ich muß einen Teil meiner Kleider und Bücher in den Koffern lassen. Die Mäntel hänge ich, wegen des Raummangels im Vorraum an die Kleiderhaken. Das Mädchen — nenne ich sie Babet — sieht das und meint: „Da wird ich Frau oder ich Frau sein.“ Eine unerwartete Vorrede über diese unangenehme Ereignis spielt um vier Stunden. Das Auge funkelt ein bisschen hoch. „Frau wet mit, daß im Gang Doppis aufgehängt wird.“ Mit sie erklärt sich.

Ich bin zwar etwas erheitert, lasse aber die Mäntel ruhig hängen. Beim weiteren Einpacken komme ich zu meinen Papieren, Briefen und Schreibzeug. Aber ich kann sie nicht verpacken, weil sämtliche Bücher des niedlichen Photoduplizierers schon verpackt sind. Ich verlange die Schlüssel. Die Schlüssel, meint das Babet, hat noch

die Tante, von der das Möbel — ein Familienstück — stammt. Sie würden aber wohl in den nächsten Tagen eintreffen. — Während sie mir das das weiten und breiten auseinanderlegt, mußert sie meine bescheidenen Hebeligkeiten und behauptet auf Grund der Tatsache, daß ich mehrere Hosen und Sichel eingebracht habe, ich müsse ein schwerer Mann sein. Ich lasse, lenke ab und meine, daß ich, obwohl dies nicht der Fall sei, für dennoch als Entgelt für Bekleidung eine kleine Vergütung zukommen lassen würde. Denn sie bestimme durch meinen Einzug wohl etwas mehr Arbeit als sie bisher gehabt habe. — Sie nickt. „Wenn Sie mir aber viel Arbeit made“, erwidert sie dann, „bekommt Ihre so mir Schleg.“ Sehr nettlich folgt das Klängen, fährt mir aber doch wie eine Klinge zwischen die Rippen. Das Babet meint das gar nicht, kümmert sich auch nicht um mindestens ein mein immer länger werdendes Gesicht, setzt jetzt einen Fuß in den wolkigen Vorraum, schmalen Kleiderkasten, tut so, als ob sie lustig dahinein schlüpfen und läßt sich mit Verleiden spielen wollen.

Mich kann dieses Spiel nicht reizen, mir beginnt zu grouen. Als eingigem Europäer unter lauter Schiffsjungen war mir weniger unheimlich amute, wie in diese meiner neuen Wohnung. Aber ich lasse mich wieder und frage nach verschiedenen, vor allem, da kein Riegel da ist, nach dem Zimmerschlüssel. Ebenso möchte ich wissen, wie ich klingeln kann, wenn ich etwas brauche. Was das Klingeln aber anbelangt, meint sie weiter, so hätten die Besuche sich bisher immer „so“ gehalten. Damit läßt sie wieder und zieht hinter dem Ofen eine mächtige, zerriebene Kuchenglocke heraus. Dumpf dröhnt es durch das Fenst. — Ich wage noch eine letzte und dritte Frage, die Vorgelegenheit überlassen. Gibt es ebenfalls nicht, das das ist gepfeift. Sie werde aber morgen eine Gummibehälter bringen, trübt sie sofort wieder.

Ich frage für diesen Fall nichts mehr, erweise das Babet erstgültig, mich nun zu verlassen und lege mich schlafen. — Ein nächstes Ereignis läßt ich mit einem erschrocken. Ein Stück in die Höhe. Das net, meinem Kopf ist der schwere Arm einer Schmeißfliege. Ganze grüße ich mich. O: Ich wird es mir klar, daß das eine Zentralheizung sein müsse, an der ich das gute Babet recht lang und unheimlich zu schaffen macht. Die Radfahrerin ist es Ende, ich stehe auf. Beutium, um niemand zu hören, öffne ich die Tür und horche hinaus. Stille. „Babet!“ rufe ich leise. Nichts. Ich muß aber die verpackten Gummimanne, muß Wasserwasser und Frühlingsbad haben. Ich greife zur Kuchenglocke und schwingen sie. Schwelgen im Hause als Echo. Ich schreie auf den Riegel. Kein Babet, kein Wasserwasser, kein Frühlingsbad in der Rüge. Trostlose Dede. Und es dauert noch lange, bis ich sie die

Stüge, wahrscheinlich mit Milch und Brot in der Hand, heraus-

kommen hört. — Weiter das Frühstückstischchen, kann ich das getrige Abendblatt wieder. Die Satzung geht. Niemand öffnet. Man läuft zum zweiten Male. Ich sitze zur Tür. Der Dreifüßler. Eine Viertelstunde später ein Ausleger, der etwas absetzt. Nach ihm noch andere. Ich öffne und öffne, muß aufpassen, weil das Babet halbwegs ist und Bekannter mit mir sich angefangen hat, den ich nicht verlassen möchte. — Die Stunden verfließen. Nach elf Uhr kommen Besuche, Herren in Zylinder mit Damen im besten Anzuge. Obwohl ich mein junges Ehepaar im Verdacht habe, noch im schönsten Sonntagsschlummer zu liegen, erwidere ich geneigt, die Herrschaften seien ausgegangen, und nehme dankend die Karten in Empfang. Entlich der erwartete Bekannte. Ich reise ihn mit mir fort und laufe erst um Mitternacht in meine ruhige Wohnung heim. Wer kann ich den Fuß in den Zimmer gefest, hab ich ihn mit hoher Empörung schon wieder zurückgegeben.

Ich bin ins erste Wasser des Gummibehälters getreten, das Babet gefischt wie eine Fallgrube dicht neben der Tür aufgebaut hat. — Neues Malheur am nächsten Morgen. Während das Babet mit vorjammert, daß die Herrschaft heute bereits ausgegangen und sie nun den ganzen Tag mittelfreudig sei, packt sie mit kindlichem Griff die bodenflurige Bodenwanne und die fertige Hut ergibt sich der ganzen Zimmer. — Das Wasser ist ungetrunken. Ich beginne zu beteln. Was was ist nun dies? Der Herrschaft doch. Was, sollte, mein Babet singt, singt mit lauter, greller Stimme, singt währenddessen über den Boden, jetzt jedoch ist gar bognoffen. Starr und hochfalsig singt sie lange. Dann fange ich hinaus. Während „Was fällt Ihnen ein, glauben Sie, daß ich in diesen Zuständen leben kann?“

„Was ist das?“ fragt sie hochtönend. „I magst mich nicht als Babet fassen, weil ich so ganz allmächtig.“ — „Machen Sie was Sie wollen, wenn Sie allein sind. Singen Sie weiter, gibt es ein Unglück.“ Schon bin ich wieder in meinem Gedulde. Die Tür öffnet sich, so hab ich sie geschloßen. Nach ein paar weitere Gelangens mit letzter Ohnmacht, dann schließt die getränkte Nachtigall in ihre Rüge ab.

„Unübige Frau. Ihr Dienstmädchen ist wahrscheinlich aber nicht weit davon weg.“ erwidere ich bei der ersten Gelegenheit des Dame des Hauses.

Der Wahlrechts-Erlass.

Stimmen der Presse.

Da der Erlass des Kaisers an den Ministerpräsidenten in sehr später Nachmittags erst vom Reichstag telegraphisch mitgeteilt worden ist, finden sich in den heutigen Morgenblättern vorläufig nur kürzere Kommentare. Die Blätter der linken Richtung ihre Bemerkung über den Erlass aus, bezeichnen ihn aber durchweg als Abfälligkeit.

Der „Vorwärts“ schreibt: „Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen bedeutet für ganz Deutschland den entscheidenden Schritt zur Demokratie. Die Regierung eines freien Völkers wird nicht mehr im Bundesrat und in der Verwaltung den Beschlüssen für den Reichstag folgen, auch dem Schicksal des Reichstags wird damit freie Bahn geöffnet sein. Um so wichtiger ist, daß jetzt schon in der verfassungsmäßigen Gestaltung des Reichs die an sich unermehlich gewordene Entwicklung vorweggenommen wird durch die gleichzeitige Schaffung des parlamentarischen Regierungssystems.“

Das „Berliner Tageblatt“: „Wir brauchen, nachdem wir so lange Jahre hindurch für dieses Ziel gekämpft haben, nicht erst zu sagen, daß uns dieser Schritt als ein sehr hehrwürdiges und wichtiges als der einzige mögliche erscheint. Jedem Begehr ist es, um die Schwierigkeiten (der Durchführung) zu umgehen: die Organisation und einen Reichstagsbeschluss. Reinen dieser beiden Wege will man einschlagen, und im Falle dieses sich ein nicht gerade unbegründeter Zweifel regt: ob der Weg, den man bevorzugt, ohne weiteres zu dem jetzt von der Krone selbst als notwendig erkannten Ergebnis führen wird. Der Erlass zieht aus den gewöhnlichen Geschehnissen eine, die erste, notwendige Folgerung. Ein großer Heiß, das Wichtigste, und besonders das für die Befestigung des Friedens und die Ermöglichung gesunder außer- und innerpolitischer Beziehungen wichtigste, bietet zu tun.“

Der „Berl. Börsen-Courier“ nennt den Erlass die Abfälligkeit. „Mit ihm erfüllt sich nur ein Bruchteil jenes Programms, das die vier Parteien aufgestellt haben. Ob er dazu angetan ist, den Reichstag zur Majorität zu bewegen, steht sehr in Frage.“ So dürfte zwar vermutet werden, daß die Reichstagsparteien auf der völligen Durchführung ihres Programms bestehen werden. „Bleibend ist das Zentrum durch die Erklärung des Wahlrechts aber doch gewonnen und bietet seine Hand zu Kompromissen. Ebenso scheint es nicht ausgeschlossen, daß die Nationalisten, die in ihrer getriebenen Fraktionslosigkeit ihre Zustimmung zu der Ergebenheits-Friedensklärung abgelehnt haben, sich bereit zu machen. Auch die Konservativen dürfte durch den Wahlrechts-Erlass ebenfalls an Stärke verloren haben. Um ihm jedoch die Wichtigkeit des Reichstages den vollständigsten Vertrauen zu Herrn v. Bethmann-Hollweg, dem sie die Wichtigkeit bietet, auf der neuen Basis weiter mit den Parteien zu verhandeln.“

Die „Freien Journalen“, der „R. A. d. Z.“ sagen: „Dieser Erlass bringt uns eine der vorläufigen und den Regierungen zu lösenden Entscheidungen. Ausdrücklich wird dem Preussischen Landtag die Entscheidung über die angebotene Wahlrechtsvorlage vorbehalten. Die Sozialdemokraten dürfen mit dieser Beschlußfassung kaum zufrieden sein.“ Der „Führer der Freirevolutionären Abg. Freiherz v. Hellwig“ äußert sich: „Dadurch, daß die Regierung das gleiche Wahlrecht auf ihr Banner geschrieben hat, sind ihre Aussichten zweifellos verbessert worden, namentlich beim Zentrum. Gleichwohl ist aber zu erwarten, daß sich starke und vielleicht erfolgreiche Widerstände dagegen geltend machen werden.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ urteilt: „Damit ist allerdings ein entscheidender Schritt vollzogen. Ein Schritt, den in der Form der offiziellen Reichsentscheidung deutlich den Stempel Bethmann'schen Willens trägt. Zugleich ist damit wohl gegeben, daß Herr v. Bethmann-Hollweg im Amte bleibt. Wir halten die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen nicht nur für notwendig, sondern haben schwere Sorge, daß nicht nur das ruhmvolle „alte“ Preußen, sondern auch ein Stück deutscher Kraft und Zukunft damit zu Grunde getragen wird.“

Die Kanzlerfrage.

Bethmann — Bülow — Hertling.

Der Wahlereiss des Kaisers scheint, wie wir schon im heutigen Morgenblatt ausführten, die Auffassung zu bestätigen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg noch im Amte bleiben wird. Vorläufig wenigstens noch. Denn die Kräfte, auch die Konservativen — die zweifellos besteht — ist noch nicht gelöst. Bei den Schwierigkeiten, die dem Kanzler und Ministerpräsidenten im Reichstag, im Bundesrat, im Staatsministerium, maßgebend sind, noch bei der Entscheidung, ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit doch ein Wechsel in der Leitung der Reichsregierung eintreten wird.

Auch äußere Einflüsse scheinen in diese Frage mit hineingewirkt. Der „Tag“ bespricht erregt ein etwas mysteriöses Telegramm aus Wien, von dem in parlamentarischen Kreisen besprochen wurde, daß es bestimmte Arbeit sei. Die Wiener Regierung habe daran erklärt, sie halte das Verhalten des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg im Amte für wertvoll, sein Rücktritt würde verhängnisvoll wirken. Auch soll in dieser Rundgebung zum Ausdruck gekommen sein, daß Herr v. Bülow als eventuelle Nachfolger nicht genügt sei.“ Der „Tag“ wendet sich schon gegen den Versuch österreichischer Einmischung in deutsche Staatsangelegenheiten; wie hätten es ja auch sein sollen, die in inneren österreichischen Angelegenheiten dazwischenzulegen. Besonders unerwünscht ist die österreichische Einmischung gegen Bülow, dem Österreich in dem Reichstag die Reichsregierung Bülow besetzt, denn wäre der Krieg in Gallien vermieden worden und der Einfluß der Russen in Gallien unumgänglich gewesen. Auch die Ansicht deutscher parlamentarischer Kreise, daß die Kanzlerkandidatur Bülow's unannehmbar ist, beruht auf solchen Voraussetzungen. Zweifellos haben der Kaiser in erster Linie an ihn gedacht, der feinerzeit die deutschen Staatsangelegenheiten nach besten Zurechtfinden geführt habe und der Lage vollständig gewachsen sei. Er sei nicht durch veraltete diplomatische Altonen vor und im Krieges besetzt, die Konventionen, Nationalverträge und Zentrum seien geschlossen, die Sozialdemokratie zu einem erheblichen Teil für ihn, die fortschrittliche Volkspartei ebenfalls nicht gegen ihn.

Eine eintönige Berufung des kaiserlichen Bülow wäre auch der Deutschen Tageszeitung unannehmbar, und sie wendet sich gegen die Vorwürfe, die die besetzten, selbst die Konventionen werden in Bülow's Wiederberufung keine glückliche Lösung sehen, mit den Worten: „Wenn der Urheber der erwähnten Kritik sich zu seiner Behauptung vielfach im Hinblick auf die Meinungsverschiedenheiten berechtigt gehalten hat, die zwischen den Konventionen und dem kaiserlichen Bülow bestanden haben, so dürften die Konventionen doch wohl überhaupt kaum einen Kanzler erwarten, mit dem sie nicht inwendigste Meinungsverschiedenheiten hätten.“ Der holländische Ministerpräsident Graf Hertling, der, so

schreibt noch der „Tag“, „vom Reichstagler für den Fall seines Rücktritts zum Nachfolger auszuwählen ist, hat zunächst abgelehnt. Wir halten es für wahrscheinlich, daß der bayerische Staatsrat aus maßgeblichen Gründen auch bei seiner bevorstehenden Annahme in Berlin innerhalb der diesem Reichstag beizubehalten bleibe.“

Die „Bayerische Staatszeitung“ äußert, bezieht sich die Presse-berichterstattung der Bundesratsaufstellung für auswärtige Angelegenheiten sei einzuweisen, nicht.

Schwierigkeiten und Bedenken.

Ein bayerischer Einspruch.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt in ihrem heutigen Leitartikel mit der Überschrift: Der Ruf nach Parlamentarisierung: „So berechtigt es sich das Volkrecht ist, der Volksvertretung ein größeres Mitspracherecht bei der Gestaltung der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reiches zu sichern, so geht doch mit diesem Vorschlag ein in dem Sinne ein anderes, das auf die Einführung des parlamentarischen Regimes in Deutschland abzielt. Es man unerörtert bleiben, wie sich bei den mit uns im Kreise liegenden westeuropäischen Staaten das dort bestehende parlamentarische System während des gegenwärtigen Weltkrieges behauptet hat, und welches Maß der Schuld am Ausbruch des Weltbrandes das parlamentarische System der letzten Jahre zu Last fällt. Jeder vorurteilslose Kenner der Geschichte unseres Volkslebens und unserer Vaterlandskräfte wird aber zugeben müssen, daß die Verwirklichung des parlamentarischen Systems auf Deutschland eine unannehmbar ist, daß sie eine Maßnahme wäre, die den Bestand des Deutschen Reiches auf das allerhöchste gefährden würde. Wenn es eines Beweises dafür bedarf, so sei an die bekannte Erklärung erinnert, die der Reichstag des Deutschen Reiches, führt Bismarck, am 5. April 1884 im Plenum des Bundesrates zur Frage der Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien abgab, und in der er folgendes ausführt: „Die Einrichtung verantwortlicher Ministerien im Deutschen Reich ist nicht anders möglich als auf Kosten der Summe von vertrauensmäßigen Rechten welche die verbundenen Regierungen gegenüber dem Bundesrat ausüben.“ Die königlich preussische Regierung würde in einer dringenden Rücksichtung der Schwere der Verantwortung eine große Gefahr annehmbar vor sich vornehmlich abgelehnt werden. Ein anderes aber ist es, was schon betont, mit Maßnahmen, die im Rahmen des durch feierliche Verträge verbürgten bundesstaatlichen Charakters des Reiches für ein inniges und verständnisvolles Zusammenwirken von Reichsleitung und Volksvertretung Gewähr bieten, und die, als im Interesse der Wohlfahrt des Reiches gelegen, freudig begrüßt werden könnten.“

Ein deutscher Staatsrat?

Wenn man Nachrichten aus parlamentarischen Kreisen glauben darf — und die oben erwähnte Äußerung der „Bayerischen Staatszeitung“ unterstreift die Wahrscheinlichkeit der Meinung —, bestehen in Bundesratskreisen schwerwiegende Bedenken staatsrechtlicher Natur gegen die Einführung des parlamentarischen Systems im Reich. Um hier zu einem Ausgleich zu kommen, sucht man nach einem Mittelweg zwischen dem Parlamentarismus und dem bestehenden Zustand. Die „Internationale Rev.“ weiß zu berichten:

Die meisten Schwierigkeiten technischer Art bereitet der Uebergang zum Parlamentarismus, weil ein verantwortliches Reichsministerium den Bundesrat fastlich ausschalten und damit die deutschen Einzelstaaten ihres Einflusses auf die Führung der Reichsangelegenheiten beraubt würde. Das bedingte sich für die Dauer der vorliegenden Verhandlungen, die durch den Widerspruch von 14 Stimmen im Bundesrat gemindert werden könnten — und diese 14 Stimmen sind sich. Über die Parlamentarisierung besteht nur als Kriegsmaßnahme in der Vorbereitung einiger wichtiger Reichsämter an Parteiführer — dann kann nach dem Krieg wieder alles in den alten Zustand der Einflüsse des Volkes zurückfallen. Aus diesem peinlichen Dilemma sucht man einen Ausweg durch Bildung eines Staatsrats von etwa 15 Vertretern, der in ständiger Arbeit mit der Reichsleitung den Einfluß des Volkes auf die Reichsangelegenheiten zur Geltung bringen soll.

Dem Reichsrat sollen, wie der „Vorwärts“ weiter berichtet, angehören: Der Reichskanzler, die Epochen der Heeresleitung, die beamteten Staatssekretäre, unter denen mancher Befehl beauftragt, und eine Reihe parlamentarischer Staatssekretäre, Minister, Reichsräte, oder wie man sie nennen mag.

Als Zwischenstufe und Uebergangszustand ließe sich, so meint die „Intern. Rev.“, davon denken, wenn dieser Staatsrat mit so weitgehenden Rechten ausgestattet wird, daß er wirklich die Entscheidung über die großen politischen Akte des Reiches in Händen hat. Der „Vorwärts“ äußert sich dagegen: „Allen Ansätzen nach handelt es sich hier wieder um einen der berühmten Versuche, Mittelstufen zu setzen, wo keine zu finden sind. Das Resultat kann — je nach der Gestalt, die der Reichsrat erhält — nur sein, daß entweder alles beim alten bleibt oder doch man mit dem Rücktritt, auf dem man sonst zu sitzen pflegt, langsamer oder schneller ins parlamentarische System hinübertritt. Warum am Himmelswillen, solche Experimente? Warum bedient man sich nicht seiner Gedanken frische, am einfachsten den Weg zu gehen, der so doch gewonnen werden muß?“

Die Wahlreform in Hamburg beschlossen.

Hamburg, 12. Juli.

Vestern abend wurde in der Hamburger Bürgererschaft der Antrag des Senats auf Veränderung des Bürgerrechtswahlrechts unter Aufhebung des verfallenen Klassenwahlrechts von 1906 gemäß dem Bericht der gemischten Kommission fast ohne Debatte angenommen nach gleichzeitiger Fortsetzung der Sozialdemokraten und der Vereinigten Liberalen (fortschrittliche Volkspartei), die die Führung in der ganzen Bewegung für die Wahlrechtsreform in Hamburg zuzufolge gemessen.

Esterhazy über den Verhandlungsfrieden.

Drahtmeldung.

Budapest, 12. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantwortete Ministerpräsident Graf Esterhazy die vor einigen Tagen in der Angelegenheit der auswärtigen Politik und des Verhältnisses zu Österreich an ihn gerichtete Interpellation des Barons Baboassy-Deo, indem er ausführt: „Wir halten unüberdacht fest an dem so glänzend bewährten Bündnis der Monarchie mit Deutschland. (Allgemeiner Beifall.) An unser ethische, lokale und feste Bündnistreue vermag selbst der geringste Argwohn des Zweifels nicht heranzureichen. Die Regierung teilt in dieser Beziehung völlig den Standpunkt der vorigen Regierung, und deshalb ist der ungehörte Fortbestand unserer Bündnispolitik zu betonen. Wir führen diesen Krieg als Verteidigungskrieg, und unser Friedensziel ist nicht Eroberung. (Beifall.) Wir lassen unsere Feinde nicht in Zweifel darüber, im Gegenteil, wir haben vor der ganzen Welt ein klares Zeugnis abgelegt für unsere Friedensbereitschaft. Unsere Feinde wissen dies sehr wohl. Sie wissen, daß diese unsere Bereitschaft besteht und ohne Male sides gar nicht in Zweifel gezogen werden kann. Wir haben unser Friedensangebot in vollem Einvernehmen mit unseren Bundesgenossen gemacht, wir haben betont, daß es sich um einen für sämtliche kriegführenden Parteien annehmbareren, ethischen Frieden handeln würde, und wir haben dadurch ein klares Zeugnis für die Friedensbereitschaft unserer ganzen Mächtegruppe abgelegt. Nicht an uns, sondern an unseren Feinden liegt es, daß der Friede zustande kommt. Auf unseren Feinden lastet die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges. Ich habe es für notwendig gehalten, dies mit besonderem Nachdruck zu betonen; ich wünsche zu betonen, daß wenn irgend eine Äußerung, die seitens einzelner der gegenwärtigen Regierung unterstehender Abgeordneter getan wird, mit dem schon bezeichneten Standpunkte nicht übereinstimmt, sollte, dies vollkommen auf eigene Verantwortung der betreffenden geschieht. (Allgemeiner Beifall.)“

Der Ministerpräsident betonte ferner wegen des Verhältnisses zu Österreich, er halte eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs für schädlich und verweise darauf, daß er bereits mehrmals gesagt habe, er stehe auf dem Boden der dualistischen Gleichberechtigung. Er halte es aber nicht für eine innere österreichische Angelegenheit, wenn er einer Stellungnahme gegen den Dualismus oder gegen die Gleichberechtigung begeben würde. Er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß der österreichische Ministerpräsident unerschütterlich auf diesem Standpunkte stehe. Die Antwort wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Graf Michael Karolyi erwähnte sich gegen die Unterstellung, daß er mit seiner Friedensbetonung die Interessen der Entente unterstellen wolle. Die Ereignisse der letzten Tage hätten ihn vollkommen gerechtfertigt, denn im Mittelpunkt der Krise in Deutschland stehe die Friedensfrage. Auch dort wünsche jedermann den Frieden, doch genüge es nicht, den Frieden herbeizuschreiben, man müsse auch handeln. (Beifall links, Ausruhm: Sagen Sie das Lord George!) Graf Cserny bekräftigte sich auch nicht auf diese Worte, er sei mit Taten hervorzugetreten, indem er den Vorschlag machte: „Wir sind bereit, einen Frieden ohne Annexionen zu schließen.“ (Beifall links.) Die Friedensfrage sei eine internationale Frage, ihre Verabredung sei die Demokratisierung jedes Landes.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amliche Meldung.

Im Sperrgebiet um England wurde wiederum eine größere Anzahl Dampfer und Segler versenkt. Demnach befinden sich der belgische englische Transporthampfer „Armadale“ (613 T.) mit Truppen, Munition und Proviant von Liverpool nach Galatin, italienischer Segler „Nostra Madre“ mit 940 T. Reis von Amerika nach England und ein großer unbefestigter Dampfer, der aus Seeländer herangeflohen wurde.

Der Chef des Admiralfleets der Marine.

„Temps“ zufolge wurde am 8. Juli der französische Dampfer „Diana“ nach einem Feuergefecht von einem U-Boot versenkt. Aus Wismar wird gemeldet: Der holländische Segler „Roelfina“ wurde von einem U-Boot nach Gedrügge aufgebracht.

Das Millionenergebnis im Juni.

Das zur Schiffsvermessung angewandte Maß der Registrierkarte ist im Binnenlande fast unbekannt. Hier rechnet man allgemein mit Kubit- oder Raummetern, von denen 2,833 auf eine Registrierkarte gehen. Wenn also im Monat Juni durch U-Boote, Minen und dergl. über 1 Mill. Kubit-Reg.-Z. versenkt worden sind, so kommt dies einem Rauminhalt von mindestens 2 833 000 Raummetern gleich.

Welche Menge an Schiffstamm damit vernichtet und dem Handel unserer Feinde beraubt entzogen ist, das kann sich der Laie nur schwer vorstellen. Denn man sich aber einen unterer großen, bebaute Gütertransporter, die 7,92 m lang, 2,74 m breit und 3,44 m hoch sind, mithin also einen Rauminhalt von etwa 76 cbm haben, so würde das im Juni versenkte Schiffstamm von 2 833 000 cbm gleich zu legen sein 37 824 dieser Gütertransporter oder 1200 Gütertransporter je 30 Wagen.

Die Straße unter den Linden in Berlin ist 1004 m lang und 60,6 m breit. Wollte man sich diese Straße 3 Mill. Kubit-Reg.-Z. hineinlegen, so müßten die Seitenwände der Häuser 46,56 m hoch sein. Das Reichstagsgebäude in Berlin ist 132 m lang und 88 m breit. Die Seitenhöhe bis zum Giebel beträgt 27 m. Rechnet man die Stupel in der Mitte ab, so ergibt man für den stolzen Bau der Reichshäuser einen Rauminhalt von 313 632 Raummetern. Man würde also ungefähr neun solcher Reichstagsgebäude bedürfen, um den im Juni versenkten Schiffstamm unterzubringen.

(Hieraus eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Graf Haupt, Berlin-Schöneberg, Druck und Verlag: Ullrich & Co. Berlin.